

Dossier Rheinland-Pfalz

Erkenntnisse zu Rechtsextremismus im Internet unter Jugendschutzaspekten

Stand: Juli 2014

Rechtsextremismus online: Allgemeine Entwicklungen und Trends

Die Internetlandschaft hat sich in den vergangenen Jahren stark verändert. Interaktive Dienste mit überwiegend user-generierten Inhalten lösen statische Websites mehr und mehr ab. Rechtsextreme haben die Chancen dieser Entwicklung für die Verbreitung von Hasspropaganda erkannt und knüpfen am Medienverhalten der jungen Generation an: Für die Ansprache, Rekrutierung und Mobilisierung neuer Anhänger nutzen sie vor allem Facebook, YouTube und ähnlich beliebte Dienste.

Gegenüber dem herkömmlichen Web erhöhen die Verbreitungswege im Social Web wie "Beitrag teilen"- oder "Gefällt mir"-Buttons die Wahrscheinlichkeit, dass Jugendliche mit menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Inhalten konfrontiert werden. Weil User Websites meist gezielt ansteuern, wirken sie kaum über Szenegrenzen hinaus. Dienste des Social Web wenden sich hingegen an breite Nutzerkreise.

Parallel haben Rechtsextreme ihre Webauftritte professionalisiert: Angebote sind technisch moderner gestaltet und sollen über multimediale und interaktive Elemente Heranwachsende ansprechen. Die Inhalte sind dabei zumeist niedrigschwellig gestaltet und der rechtsextreme Kontext ist erst auf den zweiten Blick zu erkennen.

Für das Jahr 2013 dokumentierte jugendschutz.net insgesamt 1.628 jugendschutzrelevante rechtsextreme Websites und sichtete knapp 4.000 Beiträge im Social Web.

Landesspezifische Auswertung für Rheinland Pfalz

Im Juli 2014 dokumentierte jugendschutz.net 23 Websites und 32 Social Web Profile von Kameradschaften (Websites: 9, Social Web: 7), der NPD (Websites: 3, Social Web: 17), von Versandhändlern, Szenediensten und Musik (Websites: 4, Social Web: 2) sowie sonstigen Akteuren der rechtsextremen Szene (Websites: 7, Social Web: 5).

1. NEONAZISTISCHE KAMERADSCHAFTSSZENE

Die Kameradschaftsszene in Rheinland-Pfalz ist im Netz wesentlich durch zwei Webangebote geprägt: Das überregionale Infoportal24 informiert über Szeneaktivitäten im Süd-Westen von Rheinland-Pfalz sowie den angrenzenden

Bundesländern. Auch ein Konzert in Frankreich wird beworben. Durch die regelmäßige Zusammenstellung von Artikeln, die teils von anderen Webangeboten übernommen werden, gelingt es den Portalbetreibern stets aktuelle Inhalte zu präsentieren. Die identischen Beiträge sind darüber hinaus auf der Website der Nationalen Sozialisten Mainz-Bingen integriert, auch diese Seite erscheint dadurch aktuell.



Machen aus ihrer Gesinnung keinen Hehl: Nationale Sozialisten Mainz Bingen Kreuznach

Obwohl die Kameradschaftsszene parteiförmiger Organisation kritisch gegenübersteht, ist das Infoportal24 sowohl mit der NPD als auch der 2013 gegründeten Partei "Der dritte Weg" online vernetzt. Von der NPD hat sie das "politische Lexikon" übernommen: ein Glossar, in dem die Neonazis anhand verschiedener Begriffe ihre Position entfalten. Darin werden etwa die Menschenrechte lediglich als Hebel zur "Zerstörung gewachsener kultureller und ökonomischer Strukturen" definiert. Gleiche Rechte für alle werden so offensiv infrage gestellt.

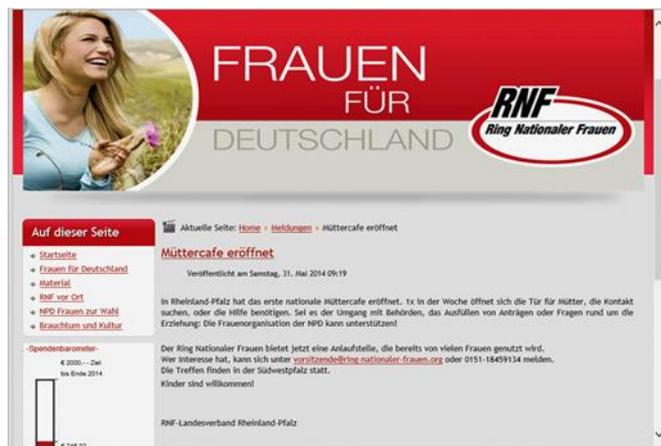
Auch von der Partei "Die Rechte" übernimmt das Infoportal immer wieder Artikel, in denen die Partei etwa Flüchtlinge als "Sozialtouristen" verunglimpft. Die Übergänge zwischen Gruppierungen sind fließend und szenetypische Realitätsverdrehungen fallen nicht weiter auf. Durch wechselseitige Weiterverbreitung von Inhalten schafft sich die Neonazisszene so eine Gegenwelt. Dazu gehört die Abwertung fundamentaler Rechte genauso, wie die angebliche Massenwanderung ins deutsche Sozialsystem. Dieses Weltbild ist darauf angelegt den Hass auf gesellschaftliche Minderheiten zu rechtfertigen.

In ihrem Erscheinungsbild folgt die rheinland-pfälzische Kameradschaftsszene nicht dem bundesweiten Trend, zu einem verharmlosenden poppigen Auftreten. Im Gegenteil tragen beispielsweise die "Nationalen Sozialisten Mainz-Bingen" ihre Gesinnung schon im Namen und die Kameradschaft Zweibrücken tritt mit dem Spruch "Bomben gegen das System" bei Veranstaltungen auf. Durch solche martialischen Selbstinszenierungen will die Szene Gegner einschüchtern und die eigene Klientel ansprechen. Die Ablehnung, die ihnen entgegen schlägt, entspricht dabei dem rebellischen Selbstbild.

2. ANGEBOTE DER NPD

Die Websites des Landesverbands der NPD werden kaum gepflegt und wirken gestalterisch und inhaltlich nicht aktuell. Im Social Web greifen sie jedoch auf aktuelle Mobilisierungsstrategien zurück. Damit hebt sich die NPD von den rheinland-pfälzischen Kameradschaften ab.

Der Kreisverband Worms beteiligt sich an der bundesweit von der NPD betriebenen Kampagne "Nein zum Heim", mit der sie gegen Unterkünfte von Asylsuchenden mobilisieren. Die Kampagnenseiten bei Facebook sind immer ähnlich aufgebaut. Nicht auf den ersten Blick als NPD-Propaganda zu erkennen, geben sie sich als Bürgerprotest aus. Zeitungsartikel von Regionalzeitungen suggerieren regionale Verwurzelung. Über die Kommentierung der Artikel versucht die NPD die angebliche Kriminalität der Flüchtlinge zu belegen, die sie prinzipiell als Betrüger darstellt. Zwischen diesen Beiträgen betreibt die NPD Parteipropaganda. In Worms ruft sie bspw. zur Kommunalwahl auf und zu einer Demonstration gegen eine Flüchtlingsunterkunft in Kaiserslautern. Die NPD schürt hier gezielt Ängste gegen Ausländer, um sich sodann als die einzige Lösung zu präsentieren.



Soziales Engagement als Köder: Junge weiße deutsche Frauen in schwieriger Lage sollen sich hier angesprochen fühlen

Eine ähnliche Strategie verfolgt der Ring Nationaler Frauen (RNF), die Frauenorganisation der NPD. Seit die Multifunktionärin und derzeitige RNF-Vorsitzende Ricarda Riefing 2010 aus Niedersachsen nach Rheinland-Pfalz übersiedelte, verstärken sich die Aktivitäten der Organisation auf Landesebene. Das schlägt sich auch im Netz nieder. Über die verschiedenen Kanäle wird beispielsweise die Eröffnung eines

regelmäßig stattfindenden Müttercafés beworben. Damit stellt sich die Organisation als Kümmerer um die – in ihrem Sinne – deutsche Familie dar und spricht gezielt junge Frauen an.

3. SZENEDIENSTE, VERSANDHÄNDLER & MUSIK

Bei den Szenediensten aus Rheinland-Pfalz sticht die "Gjallarhorn-Klangschmiede" (GKS) aus Ludwigshafen hervor. Sie verkauft nicht nur Musik und Merchandise, sondern produziert sie auch selbst. Auf ihrer Website werden Neuerscheinungen besprochen und über die Musiktauschplattform Soundcloud werden Hörproben von Bands eingebunden. Bands wie Jungsturm, deren Musik sie verlegen, schwelgen in ihren Texten in Landserromantik, auf dem Cover ihrer aktuellen CD ist eine Gruppe Wehrmachtssoldaten abgebildet. Jungsturm zählt zu den erfolgreicheren Rechtsrockbands. Mit ihrer offensiven NS-Verherrlichung setzt sie vor allem auf ein Szenepublikum.

Bei der Vermarktung nutzt die GKS die Möglichkeiten des Social Web. Auf Facebook wird das Gesamtangebot einem größeren Userkreis zugänglich gemacht. Durch die Verknüpfung verschiedener Dienste im Web und Social Web werben rechtsextreme Versandhändler wie die Klangschmiede um größtmögliche Reichweite. Gerade die unkomplizierte und kostenlose Onlinevermarktung von Musik, die in der Anonymität des Internets stattfindet, bietet auch Einstiegsmöglichkeiten in die Szene.



Sammlerstück mit schwarzer Sonne und Landserromantik: die GKS bewirbt auf Facebook ihre Produkte

4. SONSTIGE STRÖMUNGEN

Neben den etablierten Spektren der Kameradschaftsszene und der NPD haben sich in den letzten Jahren verschiedene rechtsextreme Strömungen etabliert, die online zum Teil große Reichweite haben.

Der dritte Weg ist neben der NPD eine weitere rechtsextreme Partei, die online aktiv ist (die Partei Die Rechte, die einen eigenen Landesverband in Rheinland-Pfalz hat, ist nach einer Löschung bei Facebook nicht mehr im Internet zu finden). Auf ihrer Website veröffentlicht die Partei Artikel zu unterschiedlichen Themen. Ein Schwerpunkt bildet die Hetze

gegen Asylsuchende und Flüchtlingsunterkünfte, die sie über ihr Facebookprofil auch in die sozialen Netzwerke tragen. Mit klischeehaften Darstellungen, übertriebenen Zahlen und Euphemismen wie "überfremungskritisch" versucht die Partei auf vergleichbare Weise wie die NPD an Ressentiments jenseits der Szenegrenzen anzuknüpfen und so die eigene gesellschaftliche Isolation zu durchbrechen.

Eine Gruppierung, die sich am Rande des rechtsextremen Spektrums bewegt, ist die "Reaktion Rhein-Main". Sie ist keiner der klassischen rechtsextremen Strömungen zuzuordnen. Vielmehr orientiert sie sich an den muslimfeindlichen "Defence Leagues", aus denen sie hervorgegangen ist. "Defence Leagues" kommen ursprünglich aus Großbritannien. Dort rekrutieren sie sich vor allem aus Gruppen von Fußballhooligans. Ihr Feindbild ist in erster Linie der Islam und Muslime, allerdings pflegen sie normalerweise kein geschlossenes rechtsextremes Weltbild. Die "Reaktion Rhein-Main" publiziert ihre Texte auf dem islamfeindlichen, teilweise rassistischen Blog PI-News. Auf Facebook präsentieren sie sich aktionistisch und posten Fotos und Videos von Aktionen. Nach eigener Aussage wollen sie an anderen Jugendkulturen wie die Ultrafan- und Technoszene anknüpfen, um möglichst viele Jugendliche zu erreichen. Vorbild seien dabei Konzepte muslimfeindlicher Gruppierungen im Ausland.



Witziges Werben um jugendliche Anhänger: Wahlauftritt der Reaktion Rhein-Main für die AfD zur Europawahl

Einschätzung und Handlungsmöglichkeiten

Rechtsextremismus im Internet ist ein anhaltendes Phänomen und die Versuche der Protagonisten, Jugendliche negativ zu beeinflussen, sind vielfältig. Charakteristisch sind mittlerweile subversive Aktionsformen und eine Symbol- und Medienwelt, die an jugendkulturellen Phänomenen orientiert sind.

Diese Entwicklungen haben die Jugendschutzrelevanz des Rechtsextremismus im Internet verschärft und erfordern mehr denn je eine mehrdimensionale Strategie. Rechtliche Verstöße müssen konsequent geahndet werden, Plattformbetreiber soziale Verantwortung zeigen und Hassbotschaften löschen.

Auch seitens der Internetuser gilt es, sich zu solidarisieren und Rechtsextremen im Netz konsequent die Rote Karte zu zeigen. Dafür müssen sie durch (Medien-) pädagogische Aufklärungsarbeit in die Lage versetzt werden, rechtsextreme Codes zu erkennen und die menschenverachtende Grundeinstellung dahinter zu entlarven. Dazu gehört auch, gemeinsam Handlungsoptionen zu entwickeln und damit Zivilcourage und Counterspeech im Netz anzuregen.

Verantwortlich: Christiane Schneider

Text und Recherche: Martin Hünemann, Michael Wörner-Schappert

ÜBER DIE LANDESDOSSIERE VON JUGENDSCHUTZ.NET

Die Landesdossiers geben einen bundeslandspezifischen Überblick über die Erkenntnisse zu Rechtsextremismus im Internet unter Jugendschutzgesichtspunkten. Im Zentrum stehen Angebote, für die bestimmte Elemente rechtsextremen Denkens kennzeichnend sind, z.B. das Leitbild einer ethnisch homogenen Volksgemeinschaft, übersteigter Nationalismus (häufig verknüpft mit der Abwertung anderer Nationen), Ablehnung der Gültigkeit von Grundrechten für alle Menschen durch Antisemitismus, Rassismus, Sexismus etc., Ablehnung des parlamentarisch-pluralistischen Systems, Verharmlosung bzw. Verherrlichung des Nationalsozialismus (Vgl. auch Richard Stöß: Rechtsextremismus im Wandel, Berlin 2005).

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass vor allem Angebote aus dem Spektrum von Neonazi-Gruppen, der NPD sowie von Versandhändlern und Szenediensten als relevant eingestuft werden können. Sie weisen meist einen unmittelbaren lokalen Bezug zu Gruppierungen und Aktionen auf. Doch auch neuere Entwicklungen und rechtsextreme Strömungen hat jugendschutz.net im Blick, insbesondere wenn diese jugendaffine Elemente und Formen der Ansprache enthalten und sich gezielt an junge User richten.

BEWERTUNGSGRUNDLAGE

Grundlage für die Bewertung der recherchierten Webangebote ist der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV). Darin ist festgeschrieben, welche Inhalte im Internet nicht verbreitet werden dürfen. Im Katalog der Unzulässigkeitstatbestände lt. § 4 JMStV finden sich für den Bereich Rechtsextremismus die einschlägigen Normen aus dem Strafgesetzbuch wieder, konkret: §§ 86, 86a, 130, 130a, 131 StGB. Diese Inhalte unterliegen einem absoluten Verbreitungsverbot. Demgegenüber dürfen jugendgefährdende Inhalte (z.B. Verherrlichung der nationalsozialistischen Ideologie) nach einer Indizierung durch die BPjM (Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien) zwar Erwachsenen, nicht jedoch Kindern und Jugendlichen zugänglich gemacht werden (§ 4 Abs. 2 JMStV).

HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN

Dokumentiert jugendschutz.net Verstöße gegen Jugendschutzbestimmungen, werden Gegenmaßnahmen eingeleitet. Fälle, bei denen ein Inhaltsverantwortlicher bekannt ist, leitet die Stelle zur Einleitung von rechtlichen Verfahren an die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) weiter. Darüber hinaus kontaktiert jugendschutz.net Provider im In- und Ausland und bittet um Löschung unzulässiger Inhalte. Deutsche Dienste sind ab Kenntnis der unzulässigen Inhalte verpflichtet, die Verstöße zu entfernen, doch auch ausländische Dienste wie Facebook oder YouTube löschen Inhalte, die gegen die Nutzungsrichtlinien der Dienste verstoßen.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- Angebot von jugendschutz.net zu Rechtsextremismus:
<http://hass-im-netz.info>
- Bericht "Rechtsextremismus online" sowie weitere Landesdossiers von jugendschutz.net:
<http://hass-im-netz.info/materialien/berichte-informationen>
- Themenfeature und aktuelle Themenpapiere:
<http://www.hass-im-netz.info/aktuell/feature>

ÜBER JUGENDSCHUTZ.NET

jugendschutz.net wurde 1997 von den Jugendministerien der Bundesländer gegründet und ist seit 2003 an die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) angebunden. Die länderübergreifende Stelle drängt auf die Einhaltung des Jugendschutzes und sorgt dafür, dass Anbieter problematische Inhalte ändern, löschen oder für Kinder und Jugendliche blockieren. Seit 2000 beschäftigt sich jugendschutz.net mit Rechtsextremismus im Internet. Diese Arbeit wird derzeit vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ gefördert.

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.

